

70% für den Export vorgesehen sind. Bei dem zweiten VW-Projekt in China geht es um ein Joint Venture mit der First Automobile Works (FAB). Es soll ab Mitte der 90er Jahre in Changchun (Mandschurei) die Fertigung von Audi 100 aufnehmen. Dabei ist anfänglich an eine Jahresproduktion von 150.000 Fahrzeugen gedacht, die in einer zweiten Phase auf 300.000 gesteigert werden soll. (NfA, 23.2.89; FAZ, 18.2.89) -lou-

\*(20)

### China bleibt Getreideimporteur

China ist zu einem der größten Getreideimporteure in der Welt geworden. Während der letzten Jahre importierte das Land im Durchschnitt 10 Mio.t Getreide jährlich - als Ergänzung für die unzureichende heimische Getreideproduktion.

Im Jahre 1988 blieb die Getreideernte wiederum unterhalb der Planmenge der Regierung; das Bevölkerungswachstum nahm weiter zu. Die im Jahre 1988 eingebrachte Getreidemenge betrug 393,8 Mio.t, das waren 9,2 Mio.t weniger als im Jahre 1987.

Das Landwirtschaftsministerium lastete die schlechte Ernte des Jahres 1988 Naturkatastrophen, schlechtem Wetter sowie dem geringen Enthusiasmus der Bauern an. Die Bauern hätten das Interesse an der Getreideproduktion verloren, weil es dafür nur geringe Gewinne gebe. Die Produktion anderer Kulturen, wie z.B. Gemüse, Früchte, erbrächte höhere Gewinne.

Eine kürzlich durchgeführte offizielle Untersuchung bei 2.000 Bauernhaushalten zeigte indes auch, daß viel Getreide bei der Ernte, beim Dreschen, beim Trocknen und beim Transport verlorengehe. Ca. 20% des geernteten Getreides ginge danach verloren. Diese Verluste könnten jedoch leicht vermieden werden, und zwar durch die Einführung einfacher Technologien und mittels eines besseren Managements.

Ein weiterer Grund für den Rückgang der Erntemenge sei in dem drastischen Rückgang des Farmlandes zu suchen. Nach Angaben der Staatlichen Landwirtschaftsverwaltung gingen im Jahre 1988 440.000 ha Ackerlandes an die Industrie verloren, im Jahre 1987 waren es 480.000 ha.

1988 betrug die Getreideimporte ca. 16 Mio.t, was ca. 1,5 Mrd.US\$ ausmachte und die staatliche Devisenreserve verringerte. Diese Situation führte zu Besorgnis bei der chinesischen Führung. Tian Jiyun, stellvertretender Premierminister, erklärte auf einer Sitzung der KP über die landwirtschaftliche Krise, daß eine anhaltende Stagnation bei der Getreideproduktion die Entwicklung behindern sowie die Stabilität des Lebensstandards der Menschen tangieren würde.

Versuche, privates Land wieder zu rekollektivieren, waren auf den Widerstand der Bauern gestoßen. Auch hatte die Tatsache, daß die Regierung für das aufgekaufte Getreide teilweise Schuldscheine ausgestellt hatte - aufgrund einer Knappheit von Bargeld -, nicht gerade den Enthusiasmus der Bauern erhöht. (China Daily, 24.2.89; AWSJ, 9.2.89) -lou-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(21)

### Viele Verwaltungskader haben immer noch Posten in Wirtschaftsunternehmen

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas und der Staatsrat haben wiederholte Aufrufe erlassen, wonach die Kader in Partei- und Regierungsorganen sich von den Wirtschaftsunternehmen trennen und keine Positionen dort mehr einnehmen sollten. Es gibt jedoch weiterhin Dutzende von Verwaltungskadern auf der Ebene der stellvertretenden Minister, die ihre Posten in den Unternehmen nicht aufgegeben haben.

Die wichtigsten Hindernisse für die Verbesserung der wirtschaftlichen Umwelt und die Verbesserung der wirtschaftlichen Ordnung in der Volksrepublik sind in den mit der Regierung verbundenen Geschäftspraktiken und der Spekulation zu sehen, und nicht bei den Massen. Genossen hätten sich, so die *Volkszeitung*, dieser Sache angenommen und ihre Besorgnisse vorgebracht. Dies sei verständlich. In ca. 600 Unternehmen, die von zentralen Organen errichtet worden waren, gibt es abgesehen von Dutzenden von Verwaltungsleitern auf

der Ebene der Vizeminister mehr als 100 Verwaltungsleiter auf der Ebene der Abteilungen und der Ämter, die ihre Posten in diesen Unternehmen nicht aufgegeben hätten. (RMRB, 28.2.89) -lou-

\*(22)

### Termin-Kontrakt-Märkte geplant

Aufgrund von Empfehlungen einer Gruppe von Experten hat die chinesische Regierung nun die Idee akzeptiert, Termin-Kontrakt-Märkte für Schlüsselgüter zu eröffnen. Die Errichtung dieser Märkte würde dazu beitragen, Ordnung in den Markt hineinzubringen und die Preise zu stabilisieren. Die ersten Termin-Kontrakt-Märkte sollen in der Stadt Wuhan sowie in den Provinzen Jilin, Sichuan und Henan errichtet werden.

Eine Gruppe von Experten vom Forschungszentrum für wirtschaftliche, technologische und soziale Entwicklung unter dem Staatsrat, der Zentralen Kommission für die Umstrukturierung der Wirtschaft und des Ministeriums für Handel hatte eine einjährige Untersuchung durchgeführt. Danach sollen im wesentlichen landwirtschaftliche Güter, darunter Getreide, Baumwolle, Seide, Kaninchenhaar und Schweinefleisch, gehandelt werden. Auch ein Markt für Walzstahl könnte errichtet werden.

In einem Termin-Kontrakt-Markt werden die Güter zu einem festen Preis, doch für die Lieferung in der Zukunft ge- und verkauft. Solche Verträge könnten dazu beitragen, große Fluktuationen in den Preisen landwirtschaftlicher Güter zu verhindern und den Produzenten zu helfen, im voraus zu planen. Solche Verträge bieten den Produzenten auch einen größeren Schutz.

Die gegenwärtige Preisreform, die es erlaubt, daß einige Preise sich auf dem Markt selbst bilden und andere Teil eines zweistufigen Systems (staatlich festgesetzt und Marktpreise) sind, hat zu großen Preisfluktuationen bei landwirtschaftlichen Produkten geführt. Die Öffnung von Termin-Kontrakt-Märkten könnte dazu beitragen, diese Situation zu verändern. (RMRB, 15.2.89) -lou-

**\*(23)  
Konsumentenvereinigung gegen schlechte Produkte**

Am 3. Februar 1989 veröffentlichten mehrere Beijinger Zeitungen eine Liste von 36 Produzenten von Sub-Standard-Produkten. Dies war die erste Liste, die vom Staatlichen Technologischen Überwachungsamt veröffentlicht wurde. Angeregt hatte diese Liste Staatskommissar Song Jian, der damit die Hoffnung verbindet, daß die Qualität der chinesischen Produkte sich verbessere. Die schlechten Produkte wurden aufgrund einer Marktuntersuchung in zehn großen chinesischen Städten entdeckt. Nach dem Zufallsprinzip durchgeführte Kontrollen von 1.764 Warenarten ergaben, daß 42,7% Sub-Standard-Produkte waren.

Vor vier Jahren wurde die Chinesische Konsumentenvereinigung gegründet, die die Interessen der 1,1 Milliarden Konsumenten des Landes vertreten soll. Diese Vereinigung nimmt sich individueller Beschwerden von unzufriedenen Konsumenten an. Des weiteren wird die Vereinigung die Analysen dieser Beschwerden veröffentlichen. Auf diese Weise soll die Öffentlichkeit erfahren, welche Typen beispielsweise von Kühlschränken oder Fernsehgeräten mit Mängeln behaftet sind.

Die Vereinigung werde die soziale Überwachung voll ins Spiel bringen und die Konsumenten zum vernünftigen und wissenschaftlichen Verbrauch führen. Dies erklärte Li Yanshou, der Direktor der Vereinigung.

Die Hauptstelle der Vereinigung in Beijing und die mehr als 1.100 Filialen bearbeiteten im Jahr 1988 129.394 Beschwerden, dies war ein Anstieg von 29% gegenüber dem Zeitraum von 1985 bis 1987. 85% der Probleme der Konsumenten - die meisten bezogen sich auf elektrische Geräte - seien gelöst worden. Die Konsumenten konnten ihre fehlerhaften Fernsehgeräte oder Kühlschränke gegen funktionierende austauschen, sie konnten sie reparieren lassen oder sie wurden in Geld abgefunden.

Die Vereinigung konnte, dies besagen unvollständige Statistiken, im Jahre 1988 zumindest Güter und Kompensationen im Gesamtwert von 47,83 Mio. Yuan für die Konsumenten von den Produzenten herausholen.

Nach Angaben von Li werde die Vereinigung in diesem Jahr die Beobachtung der Märkte hinsichtlich schlechter Qualitäten und betrügerischer Produkte sowie ungerechtfertigt hoher Preise verstärken. 1988 wurden durch die Filialen der Vereinigung mehr als 13.400 Kontrollen durchgeführt. (XNA, 3.2.89, zit. nach SWB, 8.2.89; China Daily, 25.2.89) -lou-

**\*(24)  
Preissubventionen**

Fast dreißig Jahre sind vergangen, seitdem die Volksrepublik damit begann, ihren Bürgern Preissubventionen zu gewähren. Heute betragen die totalen Kosten für diese Subventionen mehr als 30 Mrd. Yuan pro Jahr. Wohin die Subventionen jedoch gegangen seien, bleibe, so die *Wirtschaftszeitung* vom 27.2.1989, ein Rätsel.

Das Leben des chinesischen Volkes wird mittels verschiedener Arten von Preissubventionen reguliert. Städtische Bewohner erhalten Subventionen für Getreide und Öl; Bauern erhalten Subventionen für Kunstdünger, Pestizide und Plastikfolien; Studenten erhalten Subventionen für ihre Lehrbücher. Seit 1985 erhalten die Bürger auch Subventionen für Fleisch.

In dem Versuch, den Verbleib der Subventionen zu zeigen, analysiert die Zeitung die Subventionen für Getreide im Detail. Die Subventionen für Getreide, mit denen im Jahre 1960 begonnen wurde, waren die ersten Subventionen für die Bürger. Heute betragen die Subventionen für 100 kg Getreide insgesamt im Durchschnitt 32,20 Yuan. Darin sind die Kosten für Zirkulation, Lagerung usw. enthalten. Die Summe ist für sich gesehen noch nicht alarmierend, doch wenn man sie auf die gesamte Bevölkerung hochrechnet, so ergibt sich ein Betrag von 27,6 Mrd. Yuan.

Der Bericht weist auch darauf hin, daß die meisten Chinesen keine Kenntnis von den Subventionen haben. Eine öffentliche Befragung, die kürzlich in Jinzhou (Provinz Liaoning) durchgeführt wurde, zeigt, daß 92% der Befragten nicht wußten, wie hoch die Subventionen für ihre Getreidequote sei.

Die sozusagen unsichtbaren Subventionen hätten auch "Getreidecoupons" ermöglicht, das seien datierte Zertifikate, die ohne Gebühren an die städtischen Bewohner ausgegeben würden. Diese wären zu "zweiten Banknoten" geworden, für die man Eier, Gemüse, Kleidungsstücke oder was sonst erhältlich ist eintauschen könne. Vermittler können diese Getreidecoupons (die keinen Nominalwert haben) für 0,40-0,50 Yuan pro kg an Bauern verkaufen, die diese Coupons nutzen, um Getreide zu sehr niedrigen Preisen von städtischen Getreidegeschäften einzukaufen, falls sie Reis nicht selbst anbauen. Städter, die extra Getreidecoupons besitzen, können ein zusätzliches Einkommen erzielen. Bauern, die solche Coupons kaufen und verkaufen, können einen Gewinn erzielen. Jene, die sie kaufen und dazu benutzen, Getreide einzukaufen, werden auch einen Gewinn erzielen, weil der Reis ohne Coupons das fünf- oder mehrfache kostet.

In dem Bericht heißt es weiter, daß trotz des Mißbrauchs die Subventionen gegenwärtig nicht abgeschafft werden können. Neben den Subventionen für Preise gibt es Subventionen für Industrie- und Handelsunternehmen (und zwar für deren Verluste) sowie Subventionen für öffentlichen Transport, Brennstoffe und andere öffentliche Einrichtungen, die lokal finanziert werden. Statistiken zeigen, daß die Gesamtsumme der Finanzsubventionen des Landes im Jahre 1988 50 Mrd. Yuan überschritten.

In Beijing machen die Finanzsubventionen insgesamt 3,3 Mrd. Yuan aus, durchschnittlich 560 Yuan pro Jahr für jeden Einwohner.

Im Bericht heißt es weiter, daß die Subventionen zu einer schweren finanziellen Bürde geworden seien. Der einzige Weg, um sie loszuwerden, liege in der Reform. Die Subventionspolitik ist jedoch eng mit der Preispolitik verbunden. Wie die Preisreform so kann auch die Subventionsreform nicht auf einmal oder kurzfristig durchgeführt werden, doch schließlich müsse sie durchgeführt werden. (XNA, 28.2.89) -lou-

**\*(25)  
Sinkende Baumwollproduktion**

Textilfabriken im Nordwesten der Volksrepublik leiden bereits an einem Mangel an Rohbaumwolle; dieser Mangel wird sich allem Anschein nach

verstärken. Die Hunderte von neuen Textilfabriken, die in den letzten Jahren gebaut worden sind, werden zu dieser Mangelsituation beitragen.

Die Anbauflächen in den drei größten baumwollproduzierenden Provinzen Chinas, Shandong, Hubei und Henan, sind um 15-20% gefallen. Aus anderen Provinzen werden ähnliche Zahlen gemeldet.

Im Jahre 1988 sank die Baumwollproduktion auf 4,1 Mio.t, noch 1987 hatte sie 4,25 Mio.t betragen. Das Spitzenjahr war das Jahr 1984, als die Produktion ca. 6,26 Mio.t ausmachte. In den darauf folgenden drei Jahren waren die Textilexporte stark angestiegen, so daß 1987 ca. 9,54 Mrd.US\$ erzielt werden konnten, das war ca. ein Viertel der gesamten Exporte der Volksrepublik. Bis zum Jahre 1983 war die Volksrepublik ein Netto-Importeur von Rohbaumwolle gewesen.

In den letzten Jahren litt die Volksrepublik unter ernsthaften Schwierigkeiten aufgrund schlechten Wetters. Das Hauptproblem liegt jedoch bei den Zahlungsmodalitäten der Regierung. Die Bauern erklären, daß die Einnahmen aus den Baumwollverkäufen nicht länger die Kosten für die Arbeit und die Einsatzmaterialien abdecken. Der gegenwärtige Ankaufpreis pro Kilogramm Baumwolle beträgt nur 176 Yuan, im Jahre 1983 waren dies noch 191,3 Yuan. Inzwischen hat es ja auch eine beträchtliche Inflation gegeben.

Kunstdünger und Plastikmaterial zum Schutz der Baumwolle sind knapp, die Preise für diese Materialien steigen ständig an. Die Getreidepreise auf dem freien Markt sowie die Preise im allgemeinen steigen scharf an, was zu Schwierigkeiten führt. Es ist deswegen nicht überraschend, daß Baumwollfarmer wieder dazu übergegangen seien, Getreide anzubauen.

Die jährliche Baumwollproduktion soll sich nach den Plänen der Volksrepublik bei 5 Mio.t einpendeln. Doch wird dieses Ziel noch lange nicht erreicht werden können. (FT, 2.2.89) -lou-

\*(26)

**Militärfabriken produzieren Zivilautos**

Militärfabriken arbeiten nun mit ausländischen Partnern zusammen, um mehr Automobile für den zivilen Markt zu produzieren. Im Jahre 1988 stellten diese Fabriken 10.500 zivile Automobile her, das war zweimal

soviel wie im Jahr zuvor. Unter diesen Fahrzeugen sind schwere Lastwagen, Luxus-Pkws, Miniwagen, Berbaufahrzeuge und andere Spezialfahrzeuge.

Die China North Industries Group plant, im Jahre 1989 12.000 zivile Fahrzeuge zu produzieren. Im September 1988 hatte diese Gesellschaft einen Vertrag mit Daimler-Benz unterzeichnet. Dieser Vertrag sieht die Herstellung von Schwerlastwagen vor. Die Montage dieser Lastwagen soll in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 in Baotou in der Inneren Mongolei beginnen. Der 10-Jahres-Vertrag sieht eine Produktionskapazität von 6.000 Lastwagen jährlich bis zum Jahre 1994 vor. 95% aller Teile sollen in der Volksrepublik produziert werden.

Seit den frühen 1980er Jahren, als der Staat die Militärfabriken ermutigte, einen Teil ihrer Produktion auf zivile Bedürfnisse umzustellen, haben diese Fabriken ihre Vorteile hinsichtlich der Technologie und des qualifizierten technischen Personals genutzt, um die zivile Autoproduktion des Landes zu erhöhen. (XNA, 20.2.89) -lou-

\*(27)

**Zwei Atommüll-Endlager geplant**

Chinas erste ständige Atommüll-Endlager sollen im Osten und Nordwesten des Landes gebaut werden, wo die zivile und militärische Nuklearindustrie angesiedelt ist.

Das erste Lager wird wahrscheinlich in der Provinz Zhejiang gebaut werden, wo das 300-MW-Nuklearkraftwerk von Qinshan im Jahre 1990 in Betrieb gehen wird. In der zweiten und dritten Ausbauphase werden weitere vier 600-MW-Reaktoren in Betrieb genommen werden.

Das Endlager soll ebenso den Atommüll aus dem 1.800-MW-Atomkraftwerk in der Bucht von Daya (Provinz Guangdong) aufnehmen, das zwischen 1992 und 1993 in Betrieb gehen soll.

Ein zweites Endlager soll im Nordwesten Chinas errichtet werden, wo Nuklearwaffen getestet werden.

Professor Pan Ziqiang, der Direktor der Sicherheitsabteilung der China National Nuclear Industry Corporation, erklärte, daß es in technischer Hinsicht keine Probleme gebe, solche Endlager für Atommüll zu bauen. Der

wichtigste Faktor sei die öffentliche Meinung und die Unterstützung von den lokalen Regierungen, fügte er hinzu.

Pans Gesellschaft, die das frühere Ministerium für die Nuklearindustrie ersetzt, beschäftigt 300.000 Arbeiter und ist verantwortlich für die Produktion von Nuklearwaffen sowie Kernkraftwerke. Pan teilte mit, daß Mitte Januar 1989 Gespräche zwischen seiner Gesellschaft und Funktionären aus der Provinz Zhejiang stattgefunden hätten; es sei über die Möglichkeiten des Baus eines Atommüll-Endlagers gegangen. Weitere Gespräche müßten stattfinden. Das Endlager würde Dutzende von Hektar Land in Anspruch nehmen und Investitionen in Höhe von mehreren 10 Mio.Yuan erfordern.

Falls die Endlager gebaut werden, wird der nukleare Abfall in Stahlcontainern 5-30 m unter der Erde gelagert. Gegenwärtig würde der atomare Abfall in ebenerdigen Lagern aus Beton aufbewahrt. Solche Lager dienen jedoch nur der kurzfristigen Aufbewahrung, der Atommüll kann dort nur ca. 10 Jahre verbleiben. Der gesamte Abfall, der nun in diesen vorläufigen Lagern sich befindet, würde später aus Sicherheitsgründen in die ständigen Endlager überführt werden.

Qu Geping, der Direktor des Staatlichen Umweltschutzamtes, erklärte, daß die Hälfte der Provinzen nun Lagereinrichtungen für ihre industriellen und medizinischen Atomabfälle hätten. China übe eine strikte Kontrolle des nuklearen Abfalls aus und besäße fortgeschrittene Technologien zu deren Behandlung. Er gab zu, daß es Fälle von unangemessener Behandlung kleiner Quantitäten dieser Abfälle gegeben habe. Doch seien keine ernsthaften Fälle von nuklearer Verschmutzung geschehen.

Im Dezember 1988 waren fünfzehn Menschen einer radioaktiven Bestrahlung ausgesetzt gewesen. Ein Arbeiter erlitt Verbrennungen 3.Grades, nachdem Uran-Material aus einer Fabrik in Nanjing verlorengegangen war.

Pan erklärte, daß das Bestrahlungsniveau der Nuklearindustrie weit unterhalb der staatlichen Sicherheitsstandards bliebe. Dies habe eine offizielle Untersuchung der Umweltqualität über die letzten 30 Jahre

ergeben. Die Regierung habe eine Bestrahlungsgrenze für die Nuklearindustrie von 100 Milli-REM pro Jahr festgesetzt, früher betrug dieser Standard 500 Milli-REM pro Jahr.

Pan erklärte weiter, daß ein Gesetz in Vorbereitung sei, das die Verhinderung nuklearer Verschmutzung zum Ziele habe. Es gebe bereits 32 Gesetze und Regelwerke über die Sicherheit der Nuklearindustrie. (China Daily, 20.2.89) -lou-

#### \* (28) Wohnungsverkauf in Beijing

Die meisten der 350 neu gebauten Appartements, die am 15. Februar in Beijing zum erstenmal der Öffentlichkeit zum Kauf angeboten wurden, wurden noch am selben Tag verkauft. Vor der Verkaufsstelle hatten sich bereits am frühen Morgen 100 Menschen eingefunden.

Die 350 neu gebauten Appartements haben einen Wohnraum von insgesamt 23.000 m<sup>2</sup>. Die Wohnungsknappheit in Beijing ist so groß, daß man mit dem Verkauf aller dieser Appartements rechnete, obgleich sie keinen hohen Standard haben. Die Appartements haben keine Bäder oder Duschen, und die Ausstattung ist einfach. Die Wohnungen können nur an Private verkauft werden und nicht an Unternehmen oder Organisationen.

In den letzten zehn Jahren hat die Stadtregierung von Beijing Wohnraum im Umfang von 30 Mio. m<sup>2</sup> gebaut. Doch immer noch haben 400.000 Beijinger Haushalte Schwierigkeit, eine Unterkunft zu finden.

Die Kosten für die Appartements betragen zwischen 1.600 und 1.900 pro m<sup>2</sup>. Die meisten Käufer kamen aus den Reihen kleiner staatlicher oder kollektiv betriebener Fabriken oder aus dem Dienstleistungsgewerbe. Diese Menschen haben wenig Hoffnung, von ihren Arbeitgebern Wohnraum zu bekommen. Weniger als 10% der Käufer waren selbständig. Dies waren weniger, als man erwartet hatte. Die meisten Käufer erklärten, sie seien gegenwärtig mit ihren Wohnungen nicht zufrieden, die entweder zu überfüllt oder zu teuer oder beides seien.

Ein 40 Jahre alter Arbeiter einer Beijinger Fabrik erklärte, er würde 40.000 Yuan, die er in den letzten acht Jahren angespart hätte, für ein Appartement bezahlen. Noch einmal die gleiche Summe müsse er von Verwandten borgen.

Nach einer kürzlich durchgeführten Umfrage mögen Hochhäuser in Beijing zwar nötig sein, populär sind sie jedoch nicht.

Die Umfrage bei 800 Menschen, die in Hochhauswohnungen leben, brachte zutage, daß nur 28% diese Wohnungen gern mögen. Diese Menschen bezeichneten die Wohnungen als "sauber, ruhig und hell". Einige wenige behaupteten, daß die Luft in den oberen Stockwerken sauberer sei.

Andere fanden die Wohnungen unsicher und unbequem. Einige erklärten, sie fühlten sich wie Vögel in Käfigen. Hinzugefügt wurde, daß die Wohnungen in den Hochhäusern nicht das gleiche Gemeinschaftsgefühl vermittelten, wie dies in den traditionellen einstöckigen Hofhäusern Beijings der Fall gewesen sei.

Trotz der Einwände waren fast drei Viertel der Befragten der Meinung, daß Hochhäuser nötig seien, und zwar wegen des knappen Wohnraums in Beijing. Hochhäuser wurden nur in den letzten dreizehn Jahren gebaut. Einige Architekten sind der Ansicht, daß diese hohen Gebäude das Bild der alten Architektur der chinesischen Hauptstadt beeinträchtigen. (XNA, 16.2.89; China Daily, 1.3.89) -lou-

#### \* (29) Landflucht soll gestoppt werden

Die chinesische Regierung ordnete ein Ende der Landflucht an, die im Verlaufe des Monats Februar Hunderttausende auf der Suche nach Arbeit in die Großstädte gebracht hatte. In einer am 6.3.1989 von den Zeitungen veröffentlichten Anweisung des Staatsrats in Beijing hieß es, die Behörden auf dem Land mußten die Arbeiter davon abhalten, blindlings ihre Heimat zu verlassen. Die städtischen Behörden mußten die zugewanderten Arbeiter "überreden", wieder in ihre Dörfer zurückzukehren. Wie dies erreicht werden soll, ging aus der Anordnung jedoch nicht hervor.

Hunderttausende von ländlichen Arbeitern waren nach den traditionellen Festtagen zum chinesischen Neujahr Anfang Februar in die großen Städte geströmt, um Arbeit zu suchen. Es sei schwierig, die exakte Anzahl dieser Wanderarbeiter zu schätzen, so Zhang Wenzhuo, ein Kader der Staatlichen Planungskommission. Die Arbeiter seien immer in Bewegung.

Der Gouverneur der Provinz Guangdong wandte sich in einem dringenden Aufruf an den Staatsrat und die Behörden der benachbarten Provinzen, um die Arbeiter davon abzuhalten, in seine Provinz zu kommen.

Mehr als 2,5 Millionen neue Arbeiter aus Hunan, Sichuan, Henan und Hubei sowie aus der autonomen Region Guangxi waren in die Provinz Guangdong gekommen. Hunderttausende hatten sich auf den Eisenbahnstationen versammelt, um auf Züge in die südöstliche Provinz zu warten.

Der Gouverneur von Guangdong ordnete an, daß alle Städte und Kreise in Guangdong Einsatzgruppen zu bilden hätten, um die neu angekommenen zu überzeugen, wieder in ihre Heimatorte zurückzukehren. Es könnte eine zwangsweise Rückführung nötig werden, erklärte er. Die Einsatzgruppen hätten jedoch Unterkunft für jene bereitzustellen, die entschlossen seien, in Guangdong zu bleiben. Die Aufnahmekapazität der Provinz sei erreicht. Alle Regierungseinheiten und privaten Unternehmen seien angewiesen worden, ab sofort keine neuen Arbeiter aus anderen Provinzen mehr einzustellen.

Spezielle Einsatzgruppen seien auch nach Guangxi, Sichuan, Hubei, Hunan und Henan gesandt worden, um die Zusammenarbeit der dortigen Behörden zu gewinnen - mit dem Zweck, die Migration einzudämmen.

Es wurden weitere Maßnahmen ergriffen: die Verstärkung der Arbeitsmarktverwaltung, die Verstärkung von polizeilichen Sicherheitsmaßnahmen zur Bekämpfung von Betrug, Raub, Diebstahl und Mord sowie Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Krankheiten. Die soziale Sicherheit, der öffentliche Transport sowie die Hygiene in der Provinz Guangdong waren durch das plötzliche Einströmen der Arbeiter

beeinträchtigt worden. Dringend benötigte Rohmaterialien konnten nicht mehr in die Provinz hineintransportiert werden.

Nach Meldungen der lokalen Sicherheitsabteilungen mehrten sich die Berichte von Diebstahl und Taschendiebstahl. Einige der neu angekommenen versuchten, ihren Lebensunterhalt durch das Sammeln von Abfällen in den Straßen zu bestreiten. Man erwartet eine Zunahme der Bettler.

Einige verlassen Guangdong, nachdem es ihnen nicht gelungen war, Beschäftigung zu finden. Sie wandern weiter nach Shenzhen, in den Kreis Bao'an, in den Kreis Huiyang, in die Stadt Zhuhai sowie das Perlfuß-Delta.

Aus der Provinz Sichuan wurde berichtet, daß eine große Anzahl von Reisenden, die die Provinz verlassen wollten, sich in den wichtigsten Bahnhöfen aufhielten, wodurch der normale Verkehr behindert würde. Einige Menschen hätten sogar die Türen und Fenster der Bahnhöfe zertrümmert sowie die Züge mit Steinen angegriffen.

Nach statistischen Angaben des Eisenbahnbüros von Chengdu hätten 100.000 Passagiere die Stadt an den acht Tagen nach dem Frühlingsfest verlassen.

Landflucht hat im wesentlichen ihre Ursache in den Maßnahmen zur Wirtschaftssanierung, die in den ländlichen Gebieten zu Unternehmenszusammenbrüchen geführt haben. Die *China Daily* berichtete, es seien auf dem Lande 81.000 Unternehmen in Konkurs gegangen. Weitere 30.000 Unternehmen machten große Verluste. Dadurch seien Hunderttausende arbeitslos geworden. Viele dieser Menschen wollten nicht mehr in die harte und schlecht bezahlte Landarbeit zurückkehren. (*China Daily*, 27.2.89; *AWSJ*, 27.2.89; *Radio Chengdu*, 26.2.89, zit. nach *SWB*, 1.3.89) -lou-

\*(30)

#### Umweltkatastrophe droht

Einer der führenden Atomphysiker Chinas und Präsident der Beijinger Akademie der Wissenschaften, Zhou Guangzhao, hat erklärt, daß China vor der "schlimmsten ökologischen Krise in seiner Geschichte steht". Wenn nicht Sofortmaßnahmen gegen die Umwelt-

zerstörung ergriffen würden, "könnte dies zu einer tödlichen Bedrohung für das Überleben der chinesischen Nation werden", erklärte Zhou vor einer nationalen Wissenschaftlerkonferenz in Beijing.

Es ist der bislang schärfste Alarmruf eines bedeutenden Wissenschaftlers über die Auswirkungen von Industrialisierung und Überbevölkerung in dem größten Entwicklungsland der Welt, das nur wenige Prozent seiner Fläche für die Versorgung und Ernährung seiner 1,1 Mrd.-Bevölkerung nutzen kann. Der 60jährige einflußreiche Physiker Zhou nannte Chinas derzeitige Lage "ein sicheres Rezept für Katastrophen". Die beiden Bestandteile dafür seien die weiterhin steigende Bevölkerungszahl bei sich drastisch verschlechternden Lebens- und Umweltbedingungen.

Sichtbar und meßbar, so wurde auf der Konferenz festgestellt, seien das rasche Tempo der Bodenerosion, die Abnahme und der Verlust an Waldflächen, die Versteppung von Weidegebieten und die Ausdehnung der Wüsten (jährlich mehr als 1.500 km<sup>2</sup>). Zum immer dringlicheren Problem wird der saure Regen im Südwesten mit seinen nun auch in China registrierten Folgeschäden, wie Waldsterben und verkümmerten Ernten.

Zhou wies darauf hin, daß die industrielle Verschmutzung inzwischen auf ländliche Gebiete übergreift. 150 Millionen Menschen würden bereits verschmutztes Wasser trinken. 20.000 der 92.000 km aller Flußläufe und Wasserwege Chinas seien als verschmutzt zu betrachten. Bis zum Ende des Jahrhunderts, so die Prognosen, müßte China bei dem jetzigen Tempo der Umweltverschmutzung mit einem Verlust von 10% seiner gesamten Ackerfläche rechnen.

Das Einleiten von Industrieabwässern in Bäche und Flüsse sowie neue Industriesiedlungen hatten bereits 1988 zu Protesten betroffener Bauern geführt. Zu einer solchen Demonstration kam es im Jahre 1988 auch in einem Vorort Beijings gegen ein petrochemisches Kombinat. Warnungen von Wissenschaftlern, Agrarexperten, Medizinern und seit kurzem auch von Klimaforschern werden seit Jahren vorgebracht.

Seit 1988 sind auch Appelle und Erklärungen, beispielsweise die im März 1988 von 1.600 Forschern und Beamten verfaßte "Leshan-Deklaration", an die Behörden gerichtet worden. Bürgerinitiativen für Umweltschutz sind bisher nicht gegründet worden.

Eine Reihe kritischer Umweltforscher, wie etwa He Bochuan von der Universität Guangzhou, klagt, daß die Behörden nach wie vor verharmlosende oder falsche Darstellungen gäben, etwa wenn behauptet werde, in China würden 70% der Industrieabwässer geklärt.

Chinas Öffentlichkeit zeigt sich in jüngster Zeit besonders über die extreme Luftverschmutzung in den überbevölkerten Großstädten alarmiert. Wirksame Gegenmaßnahmen werden aber zumeist nur ergriffen, wenn - wie im vergangenen Jahr im Fall der Schwerindustriestadt Benxi im Nordosten Chinas - Smog- und Industrieabgase die Stadt auf Satellitenaufnahmen nicht mehr sichtbar machten. (FR, 16.2.89) -lou-

---

## Taiwan

---

\*(31)

#### US-Waffenlieferungen weiter reduziert

Laut Meldung der taiwanesischen Presseagentur CNA (nach FCJ, 2.2.89) werden die USA Taiwan im Fiskaljahr 1990 Waffen im Wert von 660 Mio. US\$ liefern, 20 Mio. US\$ weniger als im Fiskaljahr 1989. Davon entfallen 475 Mio. US\$ auf die Lieferungen im Rahmen der FMS-Politik (foreign military sales) und 185 Mio. US\$ auf die kommerziellen Exporte unter gesetzlicher Kontrolle.

Die US-Regierung ist in einem gemeinsamen Communiqué vom 17. August 1982 gegenüber Beijing verpflichtet, ihre Waffenverkäufe an Taiwan schrittweise zu reduzieren (s. dazu C.a. Sept. 1982, S.558 ff.). Einem Report des US-Verteidigungsministeriums zufolge schrumpfte die Waffenlieferung bislang jährlich um 20 Mio. US\$. Ferner handele es sich bei den Lieferungen nur noch um Verteidigungswaffen sowie um Nachschub an Ersatzteilen.